Gevelsberger Zeitung

Amtsblatt der Stadt Gevelsberg. **Gegr. 1878 als Ennepetal-Zeitung.**

Die Gevelsberger Zeitung erscheint werktäglich nachmittags. Bezugspreis: Ins Haus gebracht monatl. 4.50 Mk.; durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk. (Postbestellgeld 57 Pfennig). Rotationsdruck und Verlag von Phil. Bertin, Gevelsberg. Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Gevelsberg, Mittelstraße 19. Fernsprecher Nr. 58 u. 59. Telegr.-Adresse: Zeitung Gevelsberg. Postscheckkonto: Köln 15563.

General-Anzeiger

Anzeigengebühren: Für 1 mm Höhe (36 mm breit) 25 Pfg. im Reklameteil (75 mm breit) 1.— Mk. einschließlich Anzeigensteuer. Beilagengebühr 15 Mark das Tausend. Bei gerichtlicher Beitreibung kommt jeder Rabatt in Fortfall. Zeits und Platzvorschriften werden möglichst berücksichtigt, jedoch ohne Gewähr. Erfüllungsort Gevelsberg. Aus unverlangten Einsendungen erwächst der Schriftleitung oder Geschäftsstelle keinerlei Verpflichtung.

Nr. 16. Donnerstag, den 20. Januar 1921. 44. Jahrgang

Kurze Tagesmeldungen.

Im Reichstage gedachte Präsident Loebe in einer Ansprache des 50. Geburtstages der Reichsgründung.

Der Kommunistenführer Dr. Levi erregte durch seinen Einspruch gegen die Gedenkrede des Präsidenten stürmische Auftritte im Reichstage.

Wie aus Münster gemeldet wird, haben Haussuchungen bei kommunistischen Führern in Essen, Elberfeld und Düsseldorf erdrückende Beweise für das Bestehen einer Roten Armee erbracht.

Ein neuer deutscher Protest.

Die gefährdete oberschlesische Abstimmung.

WTB. **Berlin**, 18. Jan. Die deutsche Regierung hat gegen die von der interalliierten Kommission in Oppeln erlassenen Vorschriften für die Abstimmung in Oberschlesien bei der Botschafterkonferenz und den Regierungen in Paris, London und Rom eingehend begründeten Einspruch erhoben.

Die Note hebt hervor, daß die Abstimmungsvorschriften einmal unmittelbar Verletzungen des Friedensvertrages enthalten und einseitig gegen die deutschen Teile der stimmberechtigten Orte darstellen und endlich solche, die technisch undurchführbar sind. In Anlagen wird eine Zusammenstellung der deutschen Forderungen zu den einzelnen Artikeln der Abstimmungsvorschriften nebst einer Denkschrift übergeben, in der die wesentlichsten gegen die Abstimmungsvorschriften zu erhebenden Einwände dargelegt seien.

Verletzungen des Friedensvertrages zum Nachteile der deutschen Interessen erblickt die deutsche Regierung darin, daß die kleinen Gutsbezirke nicht als selbständige Wahlbezirke anerkannt werden und daß den Gemeinden Hartlib, Orschütz und Sandau im Kreise Ratibor die Abstimmungsberechtigung versagt werde.

Eine weitere Verletzung des Vertrages werde es bedeuten, wenn ohne Zustimmung der beteiligten Mächte verschiedene Wahltage festgesetzt werden sollen, da hierdurch die nach dem Friedensvertrage zu bildende Einheitlichkeit des Wahlaktes erschüttert werden würde.

Den Grundsätzen des Friedensvertrages widersprechen:

1. Die Vorschriften, wonach diejenigen Personen, die auf Grund ihres Wohnsitzes zur Abstimmung berechtigt sind, nur dann stimmberechtigt sein sollen, wenn sie mindestens seit dem 1. 1. 1904 im Abstimmungsgebiet ununterbrochen wohnen. Diese Bestimmung begünstigt offensichtlich die Polen und benachteiligt viel Zehntausende von Deutschen.

2. Die Vorschrift über die Eintragung in die Stimmliste die Voraussetzung, an die hier die Eintragung der in Oberschlesien geborenen aber außerhalb wohnenden Stimmberechtigten und der in Oberschlesien wohnenden aber außerhalb geborenen Stimmberechtigten geknüpft sind, können kaum anders gefaßt sein, als wenn man es darauf abgesehen hätte, diesen Teil der Stimmberechtigten von der Abstimmung auszuschließen.

3. Die für die verschiedenen Vorbereitungsarbeiten zur Volksabstimmung vorgesehenen Fristen, die völlig unzureichend sind.

4. Die Vorschriften, daß alle Beamten von jeder Mitwirkung in den zu bildenden Abstimmungsbehörden ausgeschlossen werden, ist ausschließlich gegen die deutschen Interessen gerichtet.

5. Die Strafbestimmungen.

Die Note schließt: Die deutsche Regierung kann die Vorschriften für die Abstimmung nicht als Grundlage für die Volksabstimmung in Oberschlesien im Sinne des Friedensvertrages anerkennen. Sie bittet daraufhin, daß sie einer Revision unterzogen werde.

Aus dem Reiche.

Nur ein Stimmzettel zu den bevorstehenden Wahlen.

Berlin, 20. Jan. Auf den einmütigen Vorschlag sämtlicher Parteien hat sich dem Vorwärts zufolge der Minister des Innern bereit erklärt, einen einzigen Stimmzettel für die drei Wahlen zum Landtag, zum Provinziallandtag und zum Kreistag für jede Partei zuzulassen.

(Infolge dieses Beschlusses blieben den Wählern viele Unannehmlichkeiten erspart. D. Schriftl.)

Verabschiedung der neuen Reichssteuern vor Ostern.

Berlin, 20. Jan. Zu den neuen Steuervorlagen im Reiche erfahren wir, daß die Vorlagen bis Mitte Februar ausgearbeitet sein werden, und zwar in enger Fühlung mit den Parteien des Reichstages. Die Vorlagen, in erster Linie Tariferhöhungsvorlagen, Erhöhungen der Kohlen-, Umsatz- und Zuckersteuer, sollen vom Reichstage noch bis Ostern verabschiedet werden. Die Vorlagen sind zur Deckung der neuen acht-Milliardenforderung für die Beamten gedacht.

Berlin, 20. Jan. In fast allen Reichsressorts werden zurzeit neue Gesetzentwürfe für den Reichstag vorbereitet, die ihm in den nächsten Wochen vorgelegt werden sollen. Hauptsächlich sind dies der Entwurf über Volksentscheid, das Jugendfürsorgegesetz, das Vorschulgesetz, ein Reichsschriftleitungsschulgesetz, eine Vorlage über Aufbauschulen, das Beamtenrätegesetz, einige Justizgesetze zur Entlastung der Gerichte, das Reichsnotopfergesetz, das Reichswehrversorgungsgesetz, das Mehrmachtdiszi-plinargesetz und eine Reihe von Steuervorlagen zur Deckung der Fehlbeträge im Reichshaushalt.

Die Fristen im preußischen Wahlgesetz.

Für die Landtagswahlen in Preußen sind im neuen Wahlgesetz Fristen für die Einreichung der Wahlvorschläge festgesetzt, deren Innehaltung genau beachtet werden muß. Diese Fristen sind gewesen bis zum Wahltag, Sonntag, den 20. Februar, die folgenden:

Am 30. Januar (§ 10 „spätestens am 21. Tage vor dem Wahltage") sind beim Kreiswahlleiter die Kreiswahlvorschläge einzureichen.

Am 4. Februar (§ 16: „spätestens am 16. Tage vor der Wahl") sind beim Landeswahlleiter Landeswahlvorschläge einzureichen.

Am 6. Februar (§ 15: „spätestens am 14. Tage vor dem Wahltage") muß eine etwaige Verbindung mehrer Kreiswahlvorschläge untereinander von den auf den Kreiswahlvorschlägen bezeichneten Vertrauenspersonen oder deren Stellvertretern übereinstimmend dem Leiter des Wahlkreisverbandes schriftlich erklärt werden.

Am 7. Februar (§ 22: „spätestens am 13. Tage vor dem Wahltage") soll die Veröffentlichung der Landeswahlvorschläge durch den Landeswahlleiter erfolgen.

Am 10. Februar (§ 18: „spätestens am 10. Tage vor dem Wahltage") läuft die Frist ab für die Erklärung, daß die Reststimmen der Kreiswahlvorschläge einem Landeswahlvorschlag zuzurechnen sind.

Am 16. Februar (§ 23: „spätestens am 4. Tage vor der Wahl") gibt der Kreiswahlleiter die Kreiswahlvorschläge samt Verbindungserklärungen, sowie die Landeswahlvorschläge, denen sich Wahlvorschläge aus dem Wahlkreis angeschlossen haben, öffentlich bekannt.

Die genaue Beachtung dieser Fristen ist dringend notwendig. Ihre Nichtinnehaltung kann verhängnisvolle Folgen haben und eventuell für eine Partei die Ungültigkeit der für sie abgegebenen Stimmen bewirken. Vor allem ist auch zu beachten, daß bei der Einreichung der Kreiswahlvorschläge und des Landeswahlvorschlages die schriftliche Zustimmungserklärung jedes einzelnen Bewerbers beizufügen ist!

Noch kein Abstimmungstermin für Oberschlesien.

„Das Abstimmungsreglement unabänderlich."

Berlin, 19. Jan. Aus Oppeln wird von interalliierter Seite mitgeteilt, daß eine Verlängerung der Fristen, die im Abstimmungsreglement vorgesehen sind, nicht zu erwarten ist. Das vorliegende Reglement sei unabänderlich. Ebenso sei es unzutreffend, daß die Abstimmung am 13. März stattfinden wird. Der Botschafterrat in Paris wird den Termin festsetzen. (Es sei daran erinnert, daß Deutschland wegen der getrennten Abstimmung Einspruch erhoben hat.)

Der eiserne Besen Loucheurs.

Deutschland unter Zwangsverwaltung.

Paris, 19. Jan. Der Minister für die befreiten Gebiete, Loucheur, gewährte dem Vertreter des Pariser Journals eine Unterredung, worin er sich ausführlich über das Entschädigungsproblem äußerte. Loucheur sagte:

„Wenn Deutschland so weiter wirtschaftet, wird der Mark durch immer neue Ausgabe von Papiergeld fortgesetzt verschlechtert, und wenn es keine neuen Anstrengungen macht, sein großes Defizit auszugleichen, so wird es eines Tages seinen Bankerott erklären. Aber solange wird die Entente nicht warten, denn die Entente und namentlich Frankreich haben das größte Interesse an der Wiederaufrichtung Deutschlands und werden nicht davor zurückschrecken, alle erforderlichen Maßnahmen mit Amerika durchzuführen".

Loucheur entwickelte dann einen Plan für die Uebernahme der Verwaltung durch die Entente. Man werde zunächst die Mark auf ihren wirklichen Wert herabsetzen, d. h. sie werde dann nur noch den vierten oder fünften Teil ihres heutigen nominellen Wertes haben. Zunächst werde man das deutsche Budget in Ordnung bringen. Dazu gehören: Sofortige Erhöhung der deutschen Eisenbahntarife, der Postgebühren und der Steuern, um diese auf die gleiche Höhe zu bringen wie die Steuern, die der französische Staatsbürger zu zahlen habe. Man werde auch für pünktlichen Eingang der Steuern zu sorgen wissen. Eine Bezahlung in Sachlieferungen sei nicht möglich, weil dadurch die französische Industrie schwer geschädigt werden würde. Aber wohl könne Deutschland den größten Teil seiner Ersatzleistungen durch Kohlen abtragen. Er habe sich über die deutschen Kohlenförderungen genau unterrichtet und sei zu der Ansicht gekommen, daß Deutschland eine jährliche Rate von 8 Milliarden in Kohlen bezahlen könne.

Wenn man noch weitere zwei Milliarden an chemischen Produkten, Steuern auf Ausfuhrartikel und sonstige Artikel hinzurechne, so ergäbe das eine jährliche Leistung von 10 Milliarden, die Deutschland tragen könne. Man habe jetzt genügend hin und her geredet. Die Zeit zu handeln sei gekommen und Frankreich sei bereit, Deutschland unumwunden zu erklären, daß es entschlossen sei, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die Entschädigung von Deutschland zu erhalten.

Was Loucheur, der starke Mann in Briands neuem Kabinett, in Vorstehendem zur Kenntnis bringt, darf nicht lediglich als leere Drohung und dübliche Geste vor der französischen Oeffentlichkeit bewertet werden. Wie die Zusammensetzung des Briandschen Ministeriums zeigt, sind Männer an die Leitung der Staatsgeschäfte getreten, die die Politik der vorhergegangenen Reformminister keineswegs in der alten Weise fortzuführen gedenken. Wenn Loucheur hier ein gedankenreiches Programm seiner künftigen Politik Deutschland gegenüber entwickelt und zu Maßnahmen schreiten will, die mit aller Deutlichkeit den Weg zeigen, auf dem man uns von A bis Z unter Kuratel zu stellen beliebt, so dürften seine Pläne und Absichten so unausführbar und phantastevoll sie im Augenblick auch anmuten, nicht mit dieser programmatischen Festlegung allein ihr Bewenden haben. Die monarchisch-sympathistisch konservative und clemenceaistische Richtung die augenblicklich nicht den wenigsten Einfluß auf die Führung der außenpolitischen Geschäfte in Frankreich besitzt, wird ihre ganze Macht entfalten, von Deutschland all das auf dem Weg des Diktats und der Säbel zu erreichen, was ihnen ihrer Meinung nach aus den Verpflichtungen des Versailler Vertrages von deutscher Seite aus erwächst. Die Zwangsverwaltungspläne Loucheurs sind die ersten Anzeichen eines schärferen Windes

Deutscher Reichstag

WTB. **Berlin**, 19. Januar.

Als Präsident **Loebe** die Sitzung um 2¼ Uhr eröffnet, wiesen die Bänke des Hauses noch große Lücken auf. Auch die Tribünen waren nur schwach besetzt. Ueber dem Hause liegt noch Ferienstimmung. Diese weicht aber rasch, als Präsident Loebe die ersten Worte der Begrüßung an die Versammlung richtete und des 18. Januar gedenkt, an dem vor fünfzig Jahren die deutschen Stämme ihre Einheit begründeten. Diesem Zusammenschluß schloß sich die Geburtsstunde des ersten deutschen Reichstages an. Jetzt ist nicht die Zeit zu lauten Festen, betonte Präsident Loebe, wir haben die Pflicht, den Bund der Einheit zu wahren und unseren Feinden entgegenzuarbeiten, damit niemand wagen darf, die Ehrlichkeit Deutschlands im Kranze der Völker zu bestreiten. Wir gehen auch mit Ruhe dem Tage entgegen, an dem das **Selbstbestimmungsrecht der Völker auch den zurzeit von uns getrennten deutschen Brüdern und auch den Völkern Oesterreichs zugute kommt, dann wird die deutsche Einheit vollkommen sein.**

Die Nachrufe für den verstorbenen Abgeordneten Legien und den früheren Reichskanzler von Bethmann Hollweg hört das Haus stehend an.

Abg. **Malzahn** (Unabh.) kann es nicht unterlassen, durch den Zuschenruf: „Er war der Mitschuldige!" die Einigkeit zu stören. Stürmische Zurufe aus dem ganzen Hause weisen den Zuruf zurück und

Präsident **Loebe** schließt seine Ausführungen mit der Anerkennung der guten Absichten Bethmann Hollwegs und daß kein Grund vorliege, ihm eine stille Ehrung zu versagen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest

Abg. Dr. **Levi** (Komm.), unterbrochen von stürmischen Zurufen aus dem ganzen Hause, einen Protest gegen die Erklärung des Präsidenten in Sachen der Feier des fünfzigjährigen Gedenktages. Als der Lärm im Hause einen immer größeren Umfang annimmt, mahnt Präsident Loebe zur Ruhe.

Als der Abg. **Levi** seine Ausführungen geschlossen hat, bemerkt **Präsident Loebe**, er nehme an, daß **niemand aus dem Hause weiter Notiz von Levi Protest des Abg. Levi zu nehmen gedenke.**

Abg. **Goldmann** (Unabh.) begründet sodann einen Antrag der Unabhängigen, die von Bayern auf Grund des Artikels 48 der Verfassung

für Bayern getroffenen Maßnahmen außer Kraft zu setzen.

Der Redner betont, daß Bayern das Haupt der Reaktion geworden sei. Er schildert die Tätigkeit der Organisation Escherich und der Einwohnerwehren und wirft der bayerischen Regierung vor, ohne äußeren Anlaß Gelegenheit zu suchen, auf harmlose Leute loszulassen. Eine Kundgebung in Regensburg wurde durch ein Aufgebot der ganzen Garnison Regensburg vereitelt. Wenn der Reichstag nicht eingreift, macht er sich mitschuldig, denn das Spitzelwesen nimmt überhand. Die Regierung Kahr sei überhaupt der Schildhalter des Hauses Wittelsbach.

Reichsminister Koch betont, daß die Reichsregierung Verhandlungen mit der bayrischen Regierung eingeleitet habe, daß sie aber zu einem direkten Eingreifen nicht in der Lage sei; jedoch sei zu hoffen, auf dem Wege der Verhandlungen zu einer Einigung zu gelangen. (Die äußerste Linke unterbricht die Ausführungen des Ministers durch ständige Zwischenrufe. Der Abg. Kemmele (Komm.) ruft: „Handlanger der Orgesch!" und erhält vom Präsidenten eine Rüge.

Staatssekretär **Dr. Schwenger** macht eingehende Ausführungen, aus denen hervorgeht, daß die Reichsverfassung in Bayern nirgends verletzt werde. (Diese Auslassungen benutzt die äußerste Linke zu neuen heftigen Zwischenrufen: „Wir wollen keinen Wortschwall, wir wollen Tatsachen!") Als Redner feststellt, daß die **Kommunisten** jetzt alle Mittel versuchen, sich der Waffenabgabe zu entziehen, kommt es zu erneuter Unruhe, während der die Zwischenrufe fallen: „Räuberbande", „Geiselmörder".

Präsident **Loebe** muß erst Ruhe schaffen.

Abg. **Vogel** (Soz.) ergeht sich in sehr breiten Ausführungen gegen das Verhalten der bayrischen Regierung. Das Haus leert sich immer mehr. Redner schließt mit dem Wunsche, daß daß in der Verfassung vorgesehene Gesetz zu Artikel 48 recht bald komme.

Abg. Emminger (Bayr. Volksp.) wundert sich, daß man Bayern, daß doch den Ausnahmezustand nach dem Kriege gründlich kennen gelernt habe, es verdenke, wenn es jetzt auf diesen Zustand verzichtet, wo seine Landstraßen von den Lastautos mit Maschinengewehren gesäubert seien. Von dem Ausnahmezustand sei jetzt herzlich wenig zu spüren. (Stürmische Proteste der äußersten Linken.) Der Wucherparagraph sei eigentlich die einzige Folge des Ausnahmezustandes gewesen und diese sei doch gewiß im Interesse der Feldhaltung der Ernte zu begrüßen.

Während der weiteren Rede macht ein Besucher der mittleren Tribüne andauernd Zwischenrufe, wie: „Time is money!“ und anderes. Der Vizepräsident Bell droht, im Wiederholungsfalle die Tribünen räumen zu lassen.

Vizepräsident Dr. Bell macht die Mitteilung, daß noch sechs Redner zum Worte gemeldet seien. Er bitte sie, im Interesse der Förderung der Geschäfte nicht lange zu sprechen.

Abg. Dr. Stresemann (Deutschn.) erklärt, in seinem Lande werde so zielbewußt an der Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe gearbeitet, wie in Bayern. Das soll nun durch den Antrag erschwert werden. Was wir im Ruhrrevier erlebten, das wird Bayern nie erleben. Als Redner darauf zu sprechen kommt, daß die Bestrebungen der Linken, die Amnestie auch auf die Angeklagten aus der Räterepublik auszudehnen, in Bayern große Empörung hervorgerufen hat, folgen erneute Zwischenrufe der äußersten Linken. Die Bayern legen wenigstens Wert darauf, daß die Produktion und die lebenswichtigen Arbeiten geschützt werden. In Berlin, wo solche Ausnahmegesetze nicht bestehen, ist erst kürzlich bei zwecklosen Demonstrationen wieder Blut geflossen. Das kommt bei uns dank unserer Regierung nicht vor. (Erneuter Lärm.)

Reichsminister Dr. Koch: Die Erklärung des Vorredners, daß die bayrische Regierung den Anordnungen der Reichsregierung in verfassungsmäßigem Wege nur insoweit Folge leisten werde, als lebenswichtige Interessen des bayrischen Staates nicht berührt würden, ist eine glatte Anreizung zum Verfassungsbruch. In solchem Falle liegt die Entscheidung direkt beim Reiche und der Reichsregierung. Ihre Zurückhaltung im vorliegenden Falle darf nicht zu der Annahme verleiten, daß das Reich zu einem solchen Entgegenkommen verpflichtet sei. Natürlich denkt das Reich nicht daran, die Polizeigewalt der Länder zu übernehmen. Ich bin überhaupt gegen den Zentralismus und kann nicht anerkennen, daß Berlin in zentralistischer Anmaßung zu weit gehe. (Zustimmung und Lärm.)

Abg. Marenßi (Volksp.): Es fragt sich, ob in Bayern noch Ruhe und Ordnung herrschen würde, wenn der Paragraph aufgehoben wird. Die Haltung der kommunistischen Presse läßt das als zweifelhaft erscheinen.

Abg. Dr. Wieland (Dem.) erklärt sich gegen den Ausnahmeparagraphen und dankt der Reichsregierung für ihre Bestrebungen, die Frage mit der bayrischen Regierung im Verständigungswege zu lösen.

Vizepräsident Bell schlägt vor, nunmehr die Besprechung abzubrechen.

Das Haus erledigt noch eine Reihe von Eingaben nach den Beschlüssen der Kommission und vertagt sich alsdann auf morgen mittag 1 Uhr.

Tagesordnung: Reichsnotetat, Anfragen über Oberschlesien und den Rest der heutigen Tagesordnung.

*

Berlin, 19. Jan. Der Aeltestenrat des Reichstags einigte sich in längerer Sitzung über die Geschäftserledigung dahin, daß in der nächsten Woche die Beratung der Interpellation betreffend die Lage in Oberschlesien eingeschoben werden soll. Mit Rücksicht auf die Wahlen zur preußischen Landesversammlung werden die Beratungen des Reichstages vom 4. bis 22. Februar ausgesetzt.

Reichsgründungsfeiern im Reich.

Berlin, 18. Jan. Die heutige Erinnerungsfeier in der Berliner Universität fand unter gewaltigem Andrang der Studentenschaft statt. Der Rektor, Professor Seckel, mahnte die Studentenschaft auszuharren und mit neuem Mut und neuer Spannkraft an den Wiederaufbau des Vaterlandes zu gehen.

Bei der Feier der Handelshochschule hielt Professor Wagener die Festrede. Der Präsident der Handelskammer, Franz v. Mendelssohn, überga[b] [i]m [e]iner Ansprache eine von der Kammer gestiftete Ehrentafel für die gefallenen Handelshochschüler. Der Chef der Heeresleitung, General der Infanterie v. Seeckt verwies in einer Kundgebung darauf, daß vor 50 Jahren das Zusammenwirken der deutschen Waffen zustandegekommen sei, wodurch die Einigung der deutschen Stämme ermöglicht wurde. Gemeinsame Friedensarbeit und gemeinsame Kriegsjahre hätten das Band enger geschmiedet. Heute sei das fest verbundene Heer das Wahrzeichen der unauflöslichen Reichseinheit und ein Unterpfand der Zukunft, die nur in der Einheit und Einigkeit eine Leuchte sein werde.

Am Mittag legten die Vorstandsmitglieder des Wahlkreisverbandes Groß Berlin der Deutschen Volkspartei einen großen Lorbeerkranz mit schwarz-weißroter Schleife, die den Aufdruck trug: Dem Gründer des Reiches in Dankbarkeit. Deutsche Volkspartei Wahlkreisverband Groß-Berlin, am Denkmal Bismarcks nieder.

Dresden, 18. Jan. Zu Beginn der heutigen Sitzung des Landtages richtete Präsident Fräsdorf eine kurze Ansprache an das Haus, worin er des heutigen Tages als eines der denkwürdigsten in der Geschichte Deutschlands gedachte. Vor allem gelte es, die Einheit des Reiches zu erhalten und die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu bekämpfen. Hauptbedingung dafür sei die Einigkeit.

Karlsruhe, 18. Jan. Der badische Landtag hielt aus Anlaß des 50jährigen Jubiläums der Reichsgründung eine feierliche Sitzung ab. Präsident Kopf führte in seiner Festrede u. a. aus: Das deutsche Volk sei fest entschlossen, die Einheit des Reiches zu wahren und wenn nötig, dafür sein Herzblut einzusetzen. Das deutsche Volk müsse sich wieder emporarbeiten und zur Lösung aller großen Kulturaufgaben der Menschheit beitragen. Erst der moralische Aufstieg gelungen, werde auch der politische und wirtschaftliche nicht ausbleiben. Diese Hoffnung könne Deutschland aber nur dann verwirklichen, wenn schwere innere Erschütterungen vermieden würden und jeder sich ehrlich auf den Boden der Tatsachen stelle. Laut und deutlich müsse ausgesprochen werden, daß auch der badische Landtag einmütig und entschlossen sich zum Reichsgedanken bekenne. Jeder Versuch zur Untergrabung der deutschen Einheit, woher er auch kommen möge, würde entschieden zurückgewiesen werden. Er wolle seine ganze Kraft zur Erneuerung des Vaterlandes einsetzen.

Die Feier in Bayern.

TU. **München**, 18. Jan. Bei der von Tausenden besuchten Reichsgründungsfeier stellte Vizekanzler Dr. Heinze die beiden Friedensschlüsse von Versailles einander gegenüber. Nicht auf staatsrechtlichen Theorien, sondern auf der Freiheit des einzelnen sei das alte Reich aufgebaut gewesen. Bismarck habe sehr wohl gewußt, daß die deutsche Kultur Niederschlag der deutschen Einzelstaaten sei und habe deshalb nicht den Einheitsstaat, sondern den Bundesstaat mit Kreußen als Vormacht geschaffen. Niemals in der Weltgeschichte sei ein Versprechen vollkommener eingelöst worden, als das Wilhelms I. in Versailles. Mehrer des Reiches nicht durch den Krieg, sondern durch den Frieden zu sein. Als einziger aller Großstaaten habe Deutschland von der Niederwerfung einiger Aufstände in den Kolonien abgesehen, während der ganzen Zeit bis zum Weltkriege keinen Krieg geführt. Was die Ausschaltung Deutschlands als Machtfaktor bedeute, das würden in den nächsten Jahren die schwächeren Staaten zu spüren bekommen. Angesichts des beispiellosen materiellen Aufschwunges wäre es Wahnsinn gewesen, wenn Deutschland, wie unsere Gegner behaupten, den Krieg gewollt hätte. Aus dem Verhängnis, das uns betroffen habe, sei eine neue Reichsverfassung hervorgegangen, die Preußens Vormacht ein Ende mache. Fortan müßte an Stelle Preußens das ganze deutsche Volk das Reich führen. Jeder Staat auch Bayern, sei jetzt in unendlich stärkerem Maße als bisher mit dem Reiche zusammengeschweißt und der Teil, der sich etwa loslösen wolle, sei unrettbar verloren wie das Beispiel des isolierten Oesterreich beweise. Wenn wir wieder hochkommen wollen, so kann das nur durch den Zusammenschluß aller Kräfte erreicht werden.

Zu den Reichsgründungsfeiern

liegen u. a. noch folgende Meldungen vor:

TU. **Hannover**, 19. Jan. An der Reichsgründungsfeier der Deutschnationalen Volkspartei nahm auch der Generalfeldmarschall Hindenburg teil, dem auf der Rückfahrt zu seinem Hause eine ungeheure Menschenmenge zujubelte. Der Andrang war so gewaltig, daß Mannschaften der Schutzpolizei dem Auto des Feldmarschalls einen Weg bahnen mußten. Abends brachte die Jugend Hannovers dem Feldmarschall einen Fackelzug dar.

WTB. **Wien**, 18. Jan. Heute vormittag veranstaltete die Wiener Studentenschaft eine große Kundgebung für den Anschluß an Deutschland. Um 10 Uhr fand zunächst in der technischen Hochschule eine Kundgebung statt, worauf die Studenten in geschlossenem Zuge unter Absingung nationaler Lieder zur Universität zogen, wo sich die Hörer der anderen Hochschulen schon versammelt hatten. In der Festhalle der Universität sprachen Rektor Dworsch und Rektor Hartmann von der technischen Hochschule sowie einige Studenten. Hierauf zogen die Studenten unter Führung der Rektoren zum Parlament, wo eine Abordnung unter Führung der Rektoren und des Ordinanns der großdeutschen Volkspartei Mandel sowie mehrerer großdeutscher Abgeordneter dem Bundeskanzler Dr. Mayer eine Entschließung überreichte, worin gefordert wird, daß die Regierung die zur Durchführung des Anschlusses an Deutschland geeigneten Maßnahmen treffe, und Verhandlungen zwischen Berlin und Wien einleite und die Volksabstimmung darüber durchführe. Dr. Mayer erwiderte, ich nehme die Entschließung zur Kenntnis und werde sie im Namen der Regierung zur Beratung bringen. Zur Sache direkt kann ich im Augenblick auf die internationale und unsere Lage nicht Stellung nehmen, doch darf ich der Abordnung versichern, daß ich gleichfalls warm national fühle und Ihren Standpunkt und den Standpunkt des ganzen Volkes wohl zu würdigen verstehe.

Die Unsicherheit in Oberschlesien.

Myslowitz, 19. Jan. Am Sonntagnachmittag erschienen bei dem Fleischermeister Kasnik in Kattowitz-Ost Bukenthal 15 bis 20 Bandi[t]en und richteten in der Wohnung große Verwüstungen an. Kasnik wurde erschossen, ebenso ein Beamter der Abstimmungspolizei, der mit zwei anderen Beamten zu Hilfe geeilt war, und vier Zivilpersonen. Drei Zivilpersonen wurden sehr schwer verletzt. Die Regierung hat 50 000 Mark Belohnung auf die Ergreifung der Täter ausgesetzt.

Rybnik, 19. Jan. Gestern abend wurde in die Wohnung eines Oberingenieurs in Karuschowitz eine Brandbombe geworfen und große Sachschäden angerichtet.

Rybnik, 19. Jan. Am 15. Januar, nachmittags, stürmte eine bewaffnete Bande von etwa 20 Mann das Gasthaus der Frau Lach in Pokoschwitz und raubte u. a. 40 000 Mark. Der Pflegesohn der Frau Lach, der deutsch gesinnt war, und der schon einmal nach Polen verschleppt worden war, wurde von den Banditen aufs neue fortgeführt. Am Tage darauf wurde er im Walde bei Pokoschwitz tot aufgefunden. Die Leiche war in grauenhaftem Zustande.

Pleß, 19. Jan. Auf die katholische Schule in Kreuzdorf wurde ein Bombenattentat verübt. Nach dem Attentat versuchte der Hauptlehrer das Gebäude zu verlassen, um mit den Attentätern zu verhandeln. Er wurde mit Revolverschüssen empfangen und mußte fliehen.

Sämtliche Parteien des Reichstages mit Ausnahme der Unabhängigen und der Kommunisten haben eine Interpellation eingebracht, in der die Regierung gefragt wird, was sie zu tun gedenke, um die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit in Oberschlesien herbeizuführen. Ferner was sie tun wolle gegen die Truppenansammlungen der Polen an der oberschlesischen Grenze und gegen die im Abstimmungsreglement enthaltenen Begachteiligungen der deutschen Oberschlesier.

Nach einer Meldung des oberschlesischen Wanderers haben sich zur Abstimmung bisher 216 000 außerhalb Oberschlesiens wohnende Abstimmungsberechtigte gemeldet.

Der Polnische Massenmord bei Myslowitz.

Feuerkämpfe zwischen Polizei und Banditen.

WTB. **Kattowitz**, 19. Jan. Gestern abend wurde in Bogutschütz ein Abstimmungspolizist von Gesindel entwaffnet. Als er sich mit anderen Beamten in das Haus eines Verbrechers in der Kaiserin Augustastraße begeben wollte, wurde auf die Beamten Feuer aus Pistolen und Handgranaten eröffnet. Diese mußten dann das Haus räumen. Als sie Verstärkung erhielten, die das Haus umstellte, sammelte sich eine große Menschenmenge an, die ein stundenlanges Feuer auf die Beamten eröffnete, bis abermals aus Kattowitz Verstärkungen eintrafen.

Aus Beuthen wird gemeldet: Ueber den Bandenüberfall, der sich am Sonntag in Karlshegen bei Myslowitz abgespielt hat, erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Am Sonntag gegen 6 Uhr abends erschien in der Fleischerei von Pozniska eine Bande von 25—30 Mann. 5 Mann drangen in das Haus ein und verlangten von der Frau Wurst. Vor der Fleischerei wurde eine Kutsche angehalten und der Kutscher aufgefordert, die geraubten Wurstwaren zu befördern. Als dieser sich weigerte, wurde er erschossen. Währenddessen hielt im Hausflur der Banditenführer der Frau, die zudem einen Säugling auf dem Arm trug, einen Revolver vor die Stirn und verlangte Geld. Die Frau brachte es auf einen Betrag von 20 000 Mark. Als sie sich erneut zur Wehr setzte, wurde sie durch drei Schüsse erschossen. Der Mann holte Apo-Beamte und Zivilisten zu Hilfe. Der Wachtmeister Agorek, Vater von drei unmündigen Kindern, wurde erschossen, als er den Laden betrat; dasselbe Schicksal erlitt der Arbeiter Selonek. Die Bande eröffnete darauf ein Feuer aus Pistolen und mit Handgranaten, wobei noch 4 Personen zum Teil schwer verletzt wurden. Die Täter sind entkommen.

Nicht immer um besten erfahren 10, wer am Altesten an Jahren ist und wer am meisten gelitten hat, nicht immer der beste Stein hat (Rudolf H.)

Der Radium-Vulkan

Roman von

St. E. White und S. H. Adams.

87) Autor. Uebersetzung. — Nachdruck verboten.

„Weiß Gott, was es sein mag,“ antwortete Darrow. „Jedenfalls noch nicht das völlig reine Präparat, wie mir der Doktor sagte, als er es mir gab. Wenn ich nur den zehnten Teil von all dem behalten hätte, was er mir in jener Nacht alles erzählte! Es war wie ein wüster Traum, eine Phantasmagorie ungeheurer Kräfte. Der Doktor hatte einen Stoff dargestellt, der die Wirkungskraft des Radiums um soviel übertraf, wie das Radium selbst diejenige der Pechblende, von der tausend Tonnen nötig sind, um ein winziges Gramm Radium zu erzeugen. Die unglaublichen Energiesummen dieses Produktes beabsichtigte er in verschiedene Energieformeln umzuwandeln. Die eine sollte Licht erzeugen — ein Licht, das die ganze Welt erleuchtete — durch eine andere sollte die von seinem Kraftmotor geliefere Arbeit so billig werden, daß die gesamte auf dem Erdenrund nötige Arbeit in einer Stunde am Tage geschafft werden könnte. Auch an die Verwertung seines Präparats als Heilkraft dachte er. Er wollte der Menschheit Genesung bringen, andererseits aber lag es in seiner Macht, zu töten, wie es in einem so unbegrenzten Maße noch nie ein Mensch vermochte hatte. Das alles klingt wie ein Märchen. Manchmal denke ich, es ist eins.

In jener Nacht übergab er mir den Schlüssel zu der großen Kiste und sein Notizbuch, das ich durchlesen sollte. Sie haben es ja gesehen — es war ein unentwirrbares Durcheinander. Einen großen Teil der Nacht verbrachten wir bei unserem geliebten kleinen Vulkan, den innerer Aufruhr in Erregung versetzte.

„So, so!“ sagte der Doktor gleichgültig, als ein besonders übermütiger Felsblock bis zu uns herunterhüpfte. „Der kleine treibt Possen. Es weiß wohl, daß das Werk beendet ist.“

Am Morgen bestand er darauf, daß ich mich aufmachte und hinunterging, um den Befehl zur Abreise zu geben. In der Absicht, das Notizbuch an Bord zu schicken, steckte ich es ein, und wahrscheinlich rettete dieser Zufall mir das Leben, denn Salomons Kugel wurde beim Durchschlagen des dicken Papiers abgelenkt. Slade hat Ihnen ja von meiner Flucht erzählt. Ich habe den Doktor nicht wieder gesehen. Der gute Alte — — — ich entsinne mich noch, wieviel grauer sein Bart geworden war — die Arbeit hatte ihn zum alten Manne gemacht. Er stand an der Tür des Laboratoriums mit dem donnernden, spielenden Berg als Hintergrund. So sah ich ihn zum letztenmal.

„Wir wollen unserm Kleinod einen Namen geben,“ sagte er beim Abschied. „Es soll uns zu Göttern machen — nennen wir es Celestium!“

Er lächelte glückselig, und so verließ ich ihn, den gütigen, schlichten, alten Mann, in dem sich höchste Weisheit mit dem Herzen eines Kindes einte. Dürfte ich Sie um Feuer bitten? — — — Besten Dank!“

„Mir blieb nichts übrig, als nach seiner Leiche zu suchen; denn ich war überzeugt, daß die Leute ihn getötet hatten, um sich die Kräfte anzueignen. Meine Hoffnung, ihn tot oder lebend wiederzufinden, war äußerst gering; doch erstand sie vollends, als ich den Lavastrom sich ins Meer ergießen sah. Trotzdem mir an meinem Leben jetzt wahrhaftig nicht mehr viel gelegen war, zwang mich doch der Selbsterhaltungstrieb, es durch allerlei Notmittel weiter zu fristen. Am letzten Tage hätten mir die ausströmenden Gase auf dem Hochland oder beinahe den Rest gegeben. Ihnen ist wahrscheinlich das Gekritzel auf dem letzten Blatt des Notizbuches aufgefallen? Nun ja, ich glaubte damals, mein Stündlein hätte geschlagen. Doch es war Ebbe, und ich konnte mich in die Höhle retten, dann kam das Erdbeben und sperrte mich ein. — — —Mr. Vannetts wirksame Sprengungen — Slades Beharrlichkeit — der Mut, mit dem Sie Ihr Leben aufs Spiel setzten — all das — — — Nun, wie mir zumute ist, das können Sie mir dasselbst nachfühlen. Denn einem Menschen für seine Lebensrettung danken, wie sich's gehört, dazu ist niemand imstande.

Die Theorie, die Slade und ich uns über das Geschick der Piraten zurechtgelegt haben, dürfte richtig sein. Ich will sie Ihnen auseinandersetzen: Als Sie sahen die Glut in der Nacht des zweiten Tages und trafen am nächsten Tage das verlassene Schiff. Es muß Ihnen tüchtiges Kopfzerbrechen verursacht haben.“

„Das tat es,“ sagte Kapitän Parkinson trocken.

„Es ist kein leichtes Problem, selbst wenn man alle Daten zur Hand hat, die Ihnen natürlich fehlten. Nach Slades Darstellung glaubten Handy Salomon und seine würdigen Genossen an der dem Doktor geraubten Kiste unermeßliche Reichtümer zu besitzen, nämlich eine Art Maschinerie, um Gold, Diamanten und Gott weiß was sonst noch für Schätze herzustellen.

Die Anbilden des Weltalls hielten sie in Atem, bis sie ein gutes Stück von der Insel entfernt waren, dann stürzten sie sich auf die Kiste. Das Oeffnen bot große Schwierigkeiten; denn den Schlüssel besaß ich, wie Sie wissen.“

Damit holte er ein seltsames, feingearbeitetes Instrument aus der Tasche. „Ein kleines Juwel der Schlosserkunst mit einer aus Platin bestehenden Spitze. Wahrscheinlich reagierte der Inhalt der Kiste selbst durchs Schlüsselloch, sonst hätte der Doktor nicht gerade dieses durch hohe Temperatur und die meisten chemischen Agenzien schwer angreifbare Metall verwendet. Doch in der Mannschaft müssen Fähigkeiten geschlummert haben, die ich während der Zeit unserer Bekanntschaft in meiner Kurzsichtigkeit nicht erkannt hatte. Sowohl Pulz wie Perdosa verstanden sich ausgezeichnet auf alle Arten von Schlössern. Zuerst schlich wahrscheinlich Pulz sich hinunter und machte sich an der Kiste zu schaffen. Es gelang ihm zwar, sie zu öffnen, doch hatte er nicht viel davon, außer daß er Handy Salomon durch einen Kramkfanfall auf Deck in Wut versetzte.“

(Schluß folgt.)

Hat Lenin deutsches Geld erhalten?

Eine Kontroverse zwischen Ed. Bernstein und der „Roten Fahne".

Im „Vorwärts" war von Ed. Bernstein behauptet worden, Lenin habe vom kaiserlichen Deutschland eine Summe von mehr als 50 Millionen Goldmark erhalten zur Durchführung seiner gegen Deutschland gerichteten Agitation in Rußland. Demgegenüber hatte Bernstein behauptet, daß Sowjetrußland unerhörte Geldsummen zur Entfesselung der kommunistischen Aufstände im Ruhrgebiet, in Mitteldeutschland, in Bayern usw. ausgegeben habe. Die „Rote Fahne" erklärt diese Behauptungen für eine Lüge und sagt, daß von amerikanischer Seite sogar ein ganzes Buch herausgegeben worden sei, in dem die Verbindung zwischen Lenin und Ludendorff nachgewiesen werde. Alle in diesem Buche veröffentlichten Dokumente seien jedoch gefälscht. Aus diesem Anlasse verlangt die „Rote Fahne", Bernstein solle die Namen seiner Gewährspersonen angeben, damit diese „gewissenlosen Verleumder" ihre Behauptungen vor Gericht beweisen könnten.

Eine rote Armee im Industriebezirk?

Münster, 19. Jan. Auf Grund von Anzeigen über bewaffnete Organisationsbildung der Kommunistischen Partei wurden im Auftrage der Staatsanwaltschaft Haussuchungen bei den als Führer in Betracht kommenden Persönlichkeiten in Essen, Düsseldorf, Elberfeld und Lünen bei Dortmund vorgenommen. Erdrückendes Material über das Bestehen einer roten Armee wurde gefunden. Verschiedentliche Festnahmen sind erfolgt.

Die deutschen Unterhändler für Paris.

TU. Berlin, 19. Jan. Wie die Vossische Zeitung wird, wird nebst dem Generaldirektor Bergmann auch der Direktor der Krupp A.-G. Geheimrat Wiedfeld als Unterhändler nach Paris fahren. Die deutsche Regierung hat, wie die Vossische Zeitung, von einigen Tagen der französischen Botschaft die Erklärung zugehen lassen, daß sie bereit sei, das Projekt des Unterstaatssekretärs Sendor als Verhandlungsbasis zu akzeptieren. Damit hat Deutschland auf seinen bisherigen Standpunkt verzichtet, daß die Vorbedingung für die Verhandlungen die Feststellung der Gesamtverpflichtungen Deutschlands sein müsse. Die deutsche Regierung wäre immerhin damit einverstanden, daß zunächst einmal für 5 Jahre ein bestimmter Betrag vereinbart werde, der durch Warenlieferungen und sonstige Lieferungen, nicht aber durch Geld abzutragen sei.

Um die Person des neuen österreichischen Gesandten in Berlin.

Wien, 19. Jan. Für den Berliner Gesandtenposten war nach Uebereinkunft zwischen den Christlichsozialen und den Großdeutschen diesen das Vorschlagsrecht eingeräumt worden. Diese hatten sich auf die Person des Herrn v. Langenhan, des ehemaligen stellvertretenden Landeshauptmanns Deutschböhmens, eines Schwagers des verstorbenen deutschen Botschafters v. Tschirschky, geeinigt. Wie jetzt bekannt wird, erhob die französische Gesandtschaft gegen diese Wahl Einwände, da Langenhan ein ausgesprochener Freund des Anschlusses an Deutschland sei. Auch die Tschechen drohen für den Fall der Ernennung dieses Vorkämpfers der Unabhängigkeit der Deutschen in Böhmen mit Gegenmaßregeln. Die unverräuberliche Unabhängigkeit Oesterreichs, wie sie der Friedensvertrag festsetzt, wird durch diese Einmischung in eine innere österreichische Angelegenheit wieder einmal scharf beleuchtet. Es wird natürlich dem unabhängigen Oesterreich nichts anderes übrig bleiben, als sich diesem Diktat zu fügen.

(Jeder Zusatz zu obenstehender Meldung erübrigt sich. D. Schriftl.)

Aus Stadt und Land.

Gevelsberg, den 20. Januar.

Die Verwendung des Reichsnotopfers.

Wie dem Hansa-Bund vom Reichsfinanzministerium geschrieben wird, dient das Reichsnotopfer ausschließlich zur Schuldentilgung, während die jährlich der Stundung von Abgabeteilen auflommenden Zinsen zur Verzinsung und allmählichen Tilgung der Kriegsanleihen verwandt werden sollen. Die übrigen Reichssteuern und sonstigen Einnahmen des Reichs dienen zur Bestreitung der laufenden Haushaltsbedürfnisse des Reichs, einschließlich der Zinsen für Kriegsanleihen, die Renten der Kriegsteilnehmer usw. Eine Bestimmung des Ertrags einzelner Steuern zu besonderen Zwecken kennt die Reichsgesetzgebung im allgemeinen nicht. Ein Teil der Steuererträge wird den Ländern und Gemeinden überwiesen, die nach dem Haushalt 1920 auf diese Weise aus Reichssteuern 2 Milliarden 405 Millionen Mark erhalten. Wegen der Kritik der Oeffentlichkeit betreffs, daß der behördliche Verwaltungsapparat zu groß sei, verspricht der Minister auf die sorgesetzten energischen Bestrebungen in Regierung und Parlament nach möglichster Einschränkung und Vereinfachung. Ein Erfolg würde sich allerdings erst allmählich zeigen.

Während bisher der Abgabepflichtige beim Reichsnotopfer das Recht hatte, denjenigen Teil des Reichsnotopfers, der auf den Wert seines Grundbesitzes entfällt, in den sogenannten Reichsanleihen d. h. also im Grundbuch eingetragene etwa fünfzigjährige Tilgungsrente in 4 bis von 5,5 Prozent jährlich umzuwandeln, und es ihm zu diesem Zwecke gestattet war, auf das Grundstück ein 50jähriges Tilgungsdarlehn, die „Notopferhypothek", mit besonderen Vorteilen aufzunehmen, fehlt dem soeben vom Parlament angenommenen Gesetz die Bestimmung, daß die Vorschriften über die Notopferhypothek auch für Hypotheken gelten, die zur Bezahlung eines Teils der Abgabe aufgenommen werden, der nach dem Notopfergesetz in einen Reichsnotzins umgewandelt werden könnte, aber im Gesetz über die beschleunigte Erhebung nicht mehr umgewandelt werden kann.

Wie dem Hansa-Bund vom zuständigen Referenten des Reichsfinanzministeriums mitgeteilt wird, sollen, um es dem Abgabepflichtigen zu ermöglichen, sich das notwendige Kapital zur Bezahlung des Notopfers zu beschaffen, die Vorteile der Notopferhypothek noch durch ein besonderes Gesetz ausgestaltet werden, wodurch für den Abgabepflichtigen, der die Mittel aus dem Wert seines Grundbesitzes ziehen will, die Zahlungsmöglichkeiten für das Reichsnotopfer erleichtert werden. Im übrigen gelten diese Zahlungsvorteile allerdings nur für denjenigen Teil der Steuerzahler, der zunächst ½ der Abgabe zahlen muß, während die Vollzahler, d. h. diejenigen, deren Abgabe mindestens 10 Prozent des abgabepflichtigen Vermögens erreicht, von diesem Zahlungsvorteil keinen Gebrauch machen können.

*

— Oberschlesier denkt an die heute abend 8 Uhr bei F. Hoheß, Mittelstraße, stattfindende kurze Besprechung über die Abstimmung fragen. Es handelt sich hier um wichtige Dinge. Kein Abstimmungsberechtigter darf fehlen! Wiederholt: Anfang 8 Uhr, Lokal wie bekannt.

— Zum 18. Januar, zu dem gestern von uns unter vorstehender Ueberschrift veröffentlichten Gedicht geht uns vom Verfasser folgende Berichtigung zu: „In dem Gedicht von gestern muß es nach Deutschland, Deutschland über alles — heißen: Die Schöpfer dieses „Zwischenfalles" War'n deutsche Männer, deutsche Frauen."

— **Die Antwort auf den 18. Januar.** Alle Vorbereitungen zu der für den 18. Januar geplanten Vaterländischen Gedenkfeier standen im Zeichen der Versöhnung. Das Programm war so zusammengestellt, die Redner so ausgewählt, daß jedem, auch politisch andere Denkenden die Teilnahme möglich war, jedliche Uebertreibung hatte zu Maßnahmen geführt, die, wie die Vorgänge gezeigt haben, von gewissen Elementen mißverstanden worden sind. — In der gestern Abend stattgehabten stark besuchten Besprechung kam die Entrüstung über das Benehmen der Störenfriede in schärfster Form zum Ausdruck. Es wurde beschlossen, gegen die Hauptbeteiligten mit allen zu Gebote stehenden Mitteln vorzugehen, vor allen Dingen aber sofort Vorbereitungen für eine neue Feier zu treffen, an der nur Mitglieder und Angehörige der veranstaltenden Vereine teilnehmen können. Die für diese erste Feier ausgegebenen Programme berechtigen nicht zum Eintritt. — Die Feier findet an einem der nächsten Tage punkt 7 Uhr Abends im Hasenbergschen Saale statt. Sie wird eingeleitet durch einen Fackelzug, mit Trommler- und Pfeiferkorps und 2 Musikkapellen. Alle Vereine treten 6.30 im Hotel zur Hause an, und zwar in Vereinsanzug und mit Vereinsabzeichen. Soweit die Vereine weder Mütze noch Abzeichen haben, erscheinen sie im dunklen Anzug. Orden und Ehrenzeichen sind anzulegen. — Die Namen der teilnehmenden Vereine, und die der Reihenfolge im Festzuge (die Zahl 20 ist durch Neuanmeldungen überholt), werden durch die Zeitung bekanntgegeben. Es wird erwartet, daß die Vereine weiterhin, um die von ihren Vertretern mit Begeisterung und einstimmig gefaßten Beschlüsse zur besten Ausführung zu bringen, um zu zeigen, daß sie den Mut haben, offen zu bekennen, daß sie die alte deutsche Treue und Vaterlandsliebe bewahrt haben, um zu zeigen, daß sie nicht gewillt sind, sich von einem Haufen irregeführter Grünlinge in der gesch[illegible]eren Weise anpöbeln zu lassen.

— **Zu unserm gestrigen Bericht über die gestrige Gedächtnisfeier** schreibt uns Herr Polizeikommissar Becker: In Ihrem Bericht von gestern ist von einer Kurzsichtigkeit seitens der Polizei die Rede. Diesen Vorwurf weise ich auf das entschiedenste zurück. Er entbehrt jeder sachlichen Kritik. Im vorliegenden Falle muß jeder einigermaßen „Orientierte" zugeben, daß die Polizei ihre Aufgaben voll und ganz erfüllt hat. Dieses ist mir von maßgebenden Persönlichkeiten wiederholt bestätigt worden. Sämtliche Polizeibeamte waren entsprechend verteilt — auf der Straße und im Hackenberg'schen Saale — und haben nach meinem Dafürhalten ihre Pflicht voll und ganz erfüllt. Becker, Polizeikommissar. (Es hat uns vollkommen ferngelegen, der Polizei bezw. den Polizeibeamten irgendwelche Vorwürfe zu machen; wir haben lediglich die zu geringe Zahl der anwesenden Polizeibeamten bemängelt. Die Schriftl.)

— **Aus dem Bürgerverein** wird uns geschrieben: Am vergangenen Dienstag kam vor dem Schwelmer Schöffengericht die Beleidigungsklage des früheren Gevelsberger Oberstadtsekretärs und jetzigen Bürgermeisters von Trachenberg i. T. Schilken gegen den Vorsitzenden des Bürgervereins H. Boed zur Verhandlung. B. hatte im vorigen Sommer in einer Eingabe an das Stadtverordneten-Kollegium wegen des Mißbrauchs der Vollgiro[illegible]en (Zustellung privater Einladungsschreiben an den früheren Aktionausschuß) Aufklärungen gemacht, durch die Herr Schilken sich beleidigt fühlte. Nach anfänglicher Ablehnung hatte der Staatsanwalt des wiederholten Verbrechens Schillens stattgegeben und das Verfahren gegen Boed wegen Bagatellebeleidigung eröffnet. Die Verhandlungen vor dem Schwelmer Schöffengericht haben eine völlige Rechtfertigung für Herrn Boed; er wurde freigesprochen und die Kosten der Staatskasse auferlegt.

— Bestattenvereinigung Gevelsberg e. V. Am 14. Januar fanden sich im Lokal Rosenkranz 141 Mitglieder der Bestattenvereinigung Gevelsberg zu einer Versammlung zusammen, um die seit langer Zeit ruhende Arbeit wieder aufzunehmen. Die Sitzung war wohl, da viele der Mitglieder anderweitig in Anspruch genommen waren, nicht allzu zahlreich besucht, doch waren fast alle Beamtengruppen der Gegend vertreten. In herzen, packenden Ausführungen wies Herr Spiesmacher einleitend auf die Notwendigkeit eines zeitgemäßen Zusammenschlusses hin. Trotz und Arbeit müsse geeint werden. — Aus der leitende Gedanke seiner Darlegungen, müsse anders die Gevelsberger Bestattenvereinigung im Jahresrunde der Jahre gestalten. Dem prächtigen die gesamte Versammlung aus vollem Herzen bei. Es wurde beschlossen, mitzuhelfen am Werke der großen Verbände. Die Gevelsberger Vereinigung soll unter dem Namen „Ortskartell des Deutschen Bestattenbundes in Gevelsberg" dem Provinzialverband Westfalen angegliedert werden. Schon für der Versammlung lagen in die Wege geleitet, daß Vertreter beider Vereine sich zu einer Besprechung trafen, um die Angelegenheit zu erörtern. Diese Besprechung fand auch statt, und es wurde beschlossen, daß die Vereine sich zusammenschließen sollten. Die Herren Westermann und Schmidt, Fürth, sind leider erkrankt ist, führt geschäftlich der 2. Schriftführer Herr Eisel, an den alle Zuschriften erbeten werden, die Geschäfte. Zum Kassenwart beliebte das Vertrauen der Versammlung Herrn Müller und zu Beisitzern die Herren Rosenbusch und Jones. Nach der Wahlhandlung besprach der Vorsitzende in einer Rede die vergangene und gegenwärtige Mißstimmung des [illegible] Bestattenbundes und des Provinzialverbandes und stellte auch deren wahrscheinliche Zukunftsarbeit. Er wies auf die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit eines Zusammengehens mit diesen Verbänden hin und zeigte die Vorteile, die in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht dem Ortskartell daraus entstehen könnten und würden. Nach angeregter Aussprache in deren Verlauf der Vorsitzende des Vereins der Kriegsbeschädigten den Wunsch äußerte, daß beide Vereine in wirtschaftlicher Weise stellen ihrer Mitglieder Hand in Hand arbeiten möchten — dieser Wunsch wurde übrigens freudig begrüßt und mit Beifall aufgenommen — [illegible] die erste Sitzung. Es soll ihr bald eine zweite folgen, zu der rechtzeitig durch die Zeitung eingeladen werden wird.

— Auf der Barmen-Essen-Witteper Straßenbahn betrug im Monat Januar die Zahl der gefahrenen Wagen-Kilometer 41 880, Personen wurden 205 215 befördert und 228 021,80 Mark vereinnommen, gegen 94 482 gefahrene Wagen-Kilometer, 320 261 beförderte Personen und 144 784,35 Mark Einnahme im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Mithin wurden im Monat Dezember gegen den gleichen Monat des Vorjahres 80 297,45 Mark mehr eingenommen.

— Belohnung für Ermittelung der Täter. Oberhalb der Vorgelde-Mülh. Bahn wurde wiederholt Bronzedraht aus Fernsprechanlagen gestohlen. Die Post hat auf die Ermittelung der Täter eine Belohnung von 500 M ausgesetzt.

— Zum Kauf angeboten wurden einem hiesigen Schrotthändler 2 Stangen Edelmetalle.

— Was alles gestohlen wird. Entwendet wurden der Firma S. 2 Treibriemen, der Ehefrau E. ein Mantelkleid, dem Landwirt H. etwa 30 Eisen, einer Kontoristin ein Mantel, einer Firma ein Motor, einer anderen Firma eine Anzahl Zinkbleche. Bei der größten Zahl der Diebstähle konnten die Täter ermittelt werden.

— Einbruch. Diebe statteten einem Fabrikanten einen nächtlichen Besuch ab und entwendeten dabei verschiedene Sachen.

— Ermittelt. In einem hiesigen Manufakturwarengeschäft wurde eine Verkäuferin ermittelt, die erhebliche Warenbestände gestohlen hatte.

— Wegen Körperverletzung, Sachbeschädigung und Forstdiebstahl gelangten mehrere Personen zur Anzeige.

*

Milspe, 20. Januar.

e Die Armenverretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Abnahme der Sparkassenrechnung für 1918 und 1919. Die Rechnungen sind sachmännisch geprüft und in Ordnung befunden. Sie weisen in Einnahme und Ausgabe die Summen von rund 11 Millionen für 1918 und 30 Millionen für 1919 auf. Der Sparkassen-Verwaltung wurde Erledigung erteilt. — Als Mitglied des Sparkassen-Ueberwachungsausschusses wurde an Stelle der Herrn Alb. Wellershaus, der aus Gesundheitsrücksichten sein Amt niederlegte, Herr Fritz Schäfering gewählt. — Von dem Ausfall der unvermeidlichen Revision der Sparkasse wurde Kenntnis gegeben. — Es kamen sodann die unhaltbaren Zustände, die sich infolge der beschränkten Raumverhältnisse bei der Sparkasse herausgebildet haben, zur Sprache. Die Verwaltung soll aufgefordert werden, bei den Garantieverbänden praktische Vorschläge zu machen, wie den Uebelständen abgeholfen werden kann. Gegenwärtig kann ein Neu- oder Umbau eines zu Sparkassenzwecken erworbenen Hauses wegen der hohen Kosten nicht in Frage kommen. Einstweilige Abhilfe könnte durch Ueberlassung der an die Sparkasse grenzenden Verwaltungsräume im Rathause geschaffen werden, was erneut in Erwägung gezogen werden muß. — Dem Antrage der Sparkassen-Verwaltung auf Urlaub der früheren Hasenklever'schen Besitzung wird unter gewissen Bedingungen zugestimmt. — Dem Martineum in Witten wurde ein einmaliger Beitrag von 100 Mark bewilligt. — Die Fortzahlung des Gehaltes an die Angestellten in Krankheitsfällen wurde neu geregelt, ebenso die Bestimmungen über die Gewährung von Reisekosten bei Dienstreisen der Beamten. — Der Nachtrag zum Amtshaushaltsplan für 1920 im Betrage von 170 000 Mark wurde genehmigt. — Für die Dauer der Erkrankung des Kassierers wird der Kassen-Assistent Hülsenbeck zum Vertreter des Amtsvorstehers bestellt werden. — Zur Aufstellung bei der hiesigen Polizeiverwaltung wird der Polizeiwachtmeister Herm. Petersen aus Tondern gewählt. — Dem Kohlenbecker Turnklub wird eine Beihilfe für Reparatur eines Gerätes gewährt. — Den Amtsboten soll der Ortszuschlag zum Gehalt und Klasse C gezahlt werden. — Für die Reinigungsarbeiten im Amtshause werden den betr. Frauen einige Zuschläge gewährt. — In den besonderen Steuerausschuß für den Bezirk des Finanzamts Schwelm wurden die Herren Th. Helterberg und C. Troosdy (als Stellvertreter) gewählt.

Westfalen und Rheinland.

* Hagen, 20. Jan. Der bekannte Schriftsteller Dr. Stadler (Berlin), vielen Hagenern durch seine Vorträge in Hagen bekannt, wird heute abend 8 Uhr im Märkischen Hof über das Thema „Die Rettung unserer Wirtschaft" sprechen. Ein volles Haus dürfte dem Redner sicher sein.

* Gelsenkirchen, 19. Jan. Die Polizei verhaftete einen angeblichen Kriegsbeschädigten Georg Drees aus Bielefeld, der hier und in Wattenscheid als „Schlitzer" auf das Mitleid der Straßenpassanten spekuliert hatte. Es wurde festgestellt, daß der Schwindler innerhalb zwei Stunden nicht weniger als 200 Mark an milden Gaben verdient hatte. Später fand man ihn in einer Wirtschaft, wo er sich von den Strapazen seines Berufes erholte und in vergnügter Stimmung sich an belegten Schinkenbrötchen gütlich tat. (Also Vorsicht!)

* Münster, 19. Jan. Einen Denkzettel erhielt vorgestern abend ein frecher Bursche. Er belästigte in der Augustastraße die heimkehrende Frau eines Anwohners mit der Aufforderung „Hände hoch!" und feuerte gleichzeitig aus einer Schußwaffe. Er hatte aber die Rechnung ohne den Mann, einen mit seinen Körperkräften ausgestatteten Handwerksmeisters, gemacht. Dieser faßte im nächsten Augenblick den Burschen beim Kragen, legte ihn übers Knie und verabreichte ihm mit einer Hundepeitsche einen gehörigen Posten ungebrannter Asche, so daß dem Täter Hören und Sehen verging. Dann stellte er den Namen des Burschen fest und brachte ihn zur Anzeige.

* Leverkusen, 19. Jan. Bekanntlich wurde Mitte Dezember feldgeschafft, daß wichtige Patente der Farbenfabriken Friedrich Bayer u. Co. entwendet und nach Holland gekommen seien. Die Polizei stellte fest, daß die verdächtigen Papiere alsdann nach Gronau gekommen sind, von wo sie über Rotterdam an einen früheren Angestellten der Farbenfabriken nach Amerika gebracht werden sollten. Bei diesem Versuch wurde der Patentinhaber in Rotterdam dieser Tage durch einen Polizeibeamten aus Utrecht verhaftet. Zwei Direktoren der Farbenfabriken fuhren sofort mit einem Kraftwagen nach Rotterdam, wo sie die Patente als Eigentum der Firma in Empfang nahmen. Der Dieb soll nach Deutschland ausgeliefert werden. Er hatte mehrere Mitwisser, mit denen er zusammen arbeitete.

* Opladen, 19. Jan. Der Regierungspräsident hat der Stadtverwaltung mitgeteilt, daß er in der Freilassung der Einkommen bis zu 25 000 Mark bei der Besteuerung des reichseinkommensteuerfreien Mindesteinkommens eine angemessene Besteuerung nicht erblicken könne. Die Stadtverordneten haben infolgedessen beschlossen, das steuerfreie Einkommen nur bis zum Betrage von 20 000 Mark freizulassen.

* Osterfeld, 19. Jan. Eine Ueberraschung erlebte ein aus russischer Gefangenschaft zurückgekehrter Bergmann von hier, der in dem Glauben, seine hier wohnende Ehefrau sei gestorben, sich in der Gefangenschaft mit einer Russin verheiratet hatte und nun hier seine Frau lebend vorfand.

Erklärung!

Auf die Erklärung des Herrn P. F. Peddinghaus in der gestrigen Zeitung erwidere ich folgendes:

1. Es ist unwahr, daß ich ein Führer des Demonstrationszuges gewesen bin.

2. Es ist unwahr, daß ich die Verantwortung übernommen habe, daß keine Störung der Feier eintreten würde. Ich habe weder mit Herrn P. F. Peddinghaus noch mit einem sonstigen Mitglied der Festkommission ein Wort gewechselt.

Wahr ist, daß ich, da die Saaltür verschlossen war, mit noch einigen Personen durch den Vorsaal in den Festsaal gelangen wollte. Als ich bemerkte, daß dort verhandelt wurde, bin ich nach wenigen Augenblicken hinausgegangen.

Gustav Martinat.

Theater und Musik.

Städt. Schauspielhaus Hagen.

Heute Donnerstag gelangt im Abonnement B die Beethoven'sche Oper „Fidelio" zur Aufführung. **Freitag findet die erste Wiederholung von Hans Müllers großem Schauspiel „Könige"** statt. Sonnabend geht nochmals „Martha" und Sonntag nachmittag die beliebte Strauß'sche Operette „Der letzte Walzer" in Szene, während Sonntag Abend „Cavalleria rusticana" und „Bajazzo" gegeben wird. Am Montag gelangt Lortzings romantische Zauberoper „Undine" zur Erstaufführung. Als nächste Operetten-Novität ist von der Intendanz „Die Frau im Hermelin", Musik von Jean Gilbert erworben und gelangt demnächst zur Erstaufführung.

Wirtschaftlicher Teil.

TU. Berlin, 19. Jan. Im Monat Dezember mußte die Kaliindustrie infolge Verschlechterung der Absatzlage Arbeiterentlassungen in größerem Umfange vornehmen. Ferner mußten auf einer Reihe von Kaliwerken 1 bis 2 Feierschichten die Woche eingelegt werden. Der im November gefällte Schiedsspruch, welcher eine Lohnerhöhung für die Kaliarbeiter vorsieht, wurde bisher nicht für verbindlich erklärt. Durch weiteren Schiedsspruch wurde am 11. Januar eine Erhöhung der Gehälter der Angestellten im Bergbau nach Lebensalter gestaffelt bis 1800 Mark im Höchstfalle jährlich festgesetzt. Die Annahme dieses Schiedsspruches seitens der Partei ist bisher nicht erfolgt.

§§ **Preisänderung für Hangschlösser.** Die Vereinigung Deutscher Hangschloßfabrikanten hat, wie uns vom Eisen- und Stahlwaren-Industriebund in Elberfeld mitgeteilt wird, den Verkaufsaufschlag auf 500 Prozent festgesetzt. Die Geschäftsstelle befindet sich jetzt in Elberfeld, Kaiserstraße 52. Eben dorthin haben die Türschloßverbände Gruppe „Kastenschlösser", Gruppe „Einsteckschlösser" und Gruppe „Berliner Einsteckschlösser" ihre Geschäftsstelle von Düsseldorf aus verlegt.

Das Steigen der Mark.

Düsseldorf, 19. Jan. Am rheinisch-westfälischen Devisenmarkt machte heute vormittag der scharfe Preissturz in ausländischen Zahlungsmitteln wieder weitere neue Fortschritte. Die Stimmung auf dem Devisenmarkt war ausgesprochen flau und einem großen dringenden Angebot an Auslandsdevisen stand nur nicht [illegible] Nachfrage gegenüber. Infolgedessen fielen die Kurse der Auslandsdevisen weiter sehr stark. Holländische Gulden gingen bis auf 1920 zurück. In den Mittagsstunden kam der Preissturz einigermaßen zum Stillstand. Es wurden wieder Geldkurse genannt. Zu den stark gefallenen Kursen trat auch wieder einige Nachfrage auf. Gegen Mittag wurden an den westdeutschen Plätzen im freien Handel ungefähr folgende Kurse genannt: Holland 1940—1960, Frankreich 372½—377½, Belgien 390—397½, England 223 bis 226, Kabel Newyork 59—59½. Der Markkurs im Ausland stieg auch heute vormittag. Aus Holland kam die Mark mit 5.05—5.15.

Verantwortl. für den redaktionellen Teil: Rob. Baltin; für den Anzeigen- u. Reklameteil: Wilh. [illegible] beide in Gevelsberg.

Gustav Haas u. Frau

Miele geb. [illegible]

zeigen hocherfreut die Geburt eines Töchterchens an.

Düsseldorf-Eller, 18. Januar 1921. z. Zt. Städt. Krankenanstalt.

Statt jeder besonderen Anzeige.



Todes-Anzeige.

Es hat Gott dem Allmächtigen gefallen, heute nacht 12½ Uhr unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Urgrossmutter, Schwägerin und Tante

Frau Wwe. Friedrich Drees

Friederike geb. Meier

nach kurzem, schwerem Leiden, infolge Altersschwäche, im Alter von 78 Jahren, 8 Monaten zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Um stille Teilnahme bitten die trauernden Hinterbliebenen:

Familie Drees.

Gevelsberg, Langerfeld, Radevormwald, Berge, den 19. Januar 1920.

Die Beerdigung findet am Samstag, den 22. Januar, nachmittags 3½ Uhr, vom Sterbehause Grabenstr. 1 aus, statt.

Amt Ennepe.

Wahlen zum Preußischen Landtag, Provinziallandtag und Kreistag.

Die gemeinsamen Wählerlisten für die am 20. Februar d. J. stattfindenden Wahlen zum Landtag, Provinziallandtag und Kreistag liegen **vom Sonntag, den 23. Januar bis Sonntag, den 30. Januar einschließlich**, werktäglich von 8 bis 12 und 3 bis 6 Uhr, sonntäglich von 9 bis 12 Uhr vorm. in den Wohnungen der unterzeichneten Gemeindevorsteher zu jedermanns Einsicht offen.

Wer die Wählerlisten für unrichtig und unvollständig hält, kann dies bis zum Ablauf der Auslegungsfrist bei den Unterzeichneten zur Niederschrift geben oder beim Amt, Winkelstr. 5, Zimmer Nr. 55 schriftlich anzeigen. Soweit die Richtigkeit seiner Behauptung nicht offenkundig ist, hat er für sie Beweismittel beizubringen.

Zur schnelleren Abfertigung der Wähler wird jedem Wahlberechtigten eine feine Nummer in der Wählerliste und den Stimmbezirk enthaltende Wahlkarte bis zum 23. d. M. zugestellt.

Diese Ausweiskarte ist bei den am 20. Februar d. J. stattfindenden Wahlen vorzuzeigen und nachdem für spätere Wahlen sorgfältig aufzubewahren. Wer keine Karte erhält, steht nicht in der Liste und muß die Aufnahme während der Auslegung beantragen.

Im Amtshause 2, Winkelstr. 5, Zimmer 55 werden auch Wahlscheine in den gesetzlich vorgesehenen Fällen für die Landtagswahl während der Dienststunden ausgestellt.

Milspe, Windgarten, Hölken, den 17. Januar 1921.

Die Gemeindevorsteher:
von Mühlinghausen: **Bangert**,
von Oelinghausen: **Hellenbeck**,
von Schweflinghausen: **Sturm**.

Amt Ennepe. — Kohlenverteilung.

Freitag, den 21. und Samstag, den 22. Januar 1921 Kohlenverteilung zu Milspe und Rüggeberg auf die Marken 17 und 18. Der Verkauf der Gutscheine und die Abgabe der Kohlen zu Milspe wie bisher, zu Rüggeberg Freitag nachmittag von 3—4 Uhr. Kohlenpreise wie zuletzt.

Während der Ausgabelage bleibt die Ortskohlenstelle geschlossen.

Milspe, den 19. Januar 1921.

Die Ortskohlenstelle.

Amt Sprockhövel. — Bekanntmachung.

Auf Anordnung des Herrn Regierungs-Präsidenten in Arnsberg ist die Fahrgeschwindigkeit der Kraftwagen innerhalb geschlossener Ortschaften auf 8 Klm. und außerhalb geschlossener Ortschaften auf 12 Klm. in der Stunde festgesetzt.

Erneut wird auf diese Bestimmung mit dem Hinzufügen hingewiesen, daß zuwiderhandelnde Kraftwagenführer unnachsichtig zur Bestrafung herangezogen werden.

Auch wird jede Entfernung bezw. Verlegung der auf die Straße gelegten und die Fahrbahn bezeichnenden Sperrsteine streng bestraft.

Sprockhövel, den 17. Januar 1921.

Die Polizeiverwaltung: Thels, Amtmann.

Bekanntmachung.

In unser Handelsregister Abteilung B, Nr. 25, ist heute bei der Firma „**Maschinenbau-Anstalt Köllmann Gesellschaft mit beschränkter Haftung**" zu **Langerfeld** eingetragen:

Der Geschäftsführer **Hans Gruhn zu Langerfeld** ist ausgeschieden, an seiner Stelle ist der Kaufmann **Rudolf Schmitz zu Langerfeld zum Geschäftsführer** bestellt.

Schwelm, den 11. Januar 1920.

Das Amtsgericht.

Bekanntmachung.

In unser Handelsregister Abteilung B, Nr. 22, ist heute bei der Firma „**Schwelmer Tageblatt mit beschränkter Haftung**" zu **Schwelm** folgendes eingetragen:

Das Stammkapital ist auf Grund des Beschlusses der Gesellschafterversammlung vom 6. Dezember 1920 um 28 000 Mark **erhöht** und beträgt jetzt 50 000 Mark.

Die **Prokura des Buchhalters Max Schnabel** in Schwelm ist erloschen.

Schwelm, den 11. Januar 1920.

Das Amtsgericht.

Kindesraub

im Zirkus Buffallo, eine Nachricht, die sich wie ein Lauffeuer rasend schnell verbreitet. Samson der Held, ein Mann von herkulischer Muskelkraft, zugleich ein verteufelter Wagehals, der sich kaltblütig über 1000 Gefahren hinwegsetzt und das Unmöglichste zur Möglichkeit werden läßt, wird von jedermann ab

Freitag 7½ Uhr

stürmisch bewundert.

Zigarrenhaus Gerhard

Fernruf 789. **am Nirgena,** Fernruf 789.

empfiehlt reinen bekömmlichen und sehr preiswerten

Strangtabak

zu 12.50, 14.—, 16.50 u 17.— ℳ die halbe Pfd.-Pack.

Ferner: **Rauch- und Schätzgtabak**

in 50, 100, 250 Gramm-Packungen, von den billigsten bis zu den teuersten Preislagen in großer Auswahl.

Wiederverkäufer erhalten Vorzugspreise.

Ia. Nußkohlen

für Hausbrand liefert prompt

C. Westermann, Kohlenhandlung

Telefon 766. Telefon 766.

Kohlenabfuhr Telefon Nr. 3512

Prompte Lieferung.

Gelsenkirchener Kraftwagen-Transportgesellschaft

Gelsenkirchen, Bochumer Str. 72.

Nußbaum-Vertikow, Sofatisch und Stühle billig zu verkaufen.
Näh. in der Geschäftsst.

Leichter Langwagen zu verkaufen.
Näh. Klosterholz Str. 31.

Deutsche Volkspartei Gevelsberg.

Freitag, den 21. ds. Mts., abends punkt 8 Uhr, im Lokale Ed. Rosendahl, Mittelstraße:

Dringende

Mitglieder-versammlung.

Tagesordnung:

1. Preußen in Not. (Bericht über die Preußentagung der D. V.-P. durch Herrn Schwenk).
2. Wahl zum Preuß. Landtag.
3. Verschiedenes.

Wir bitten unsere Mitglieder geschlossen und pünktlich zu erscheinen.

Freunde unserer Sache willkommen.

Der Vorstand.

Deutscher Jugendbund.

Am Freitag, den 21. Jan., abends 8 Uhr: Zusammenkunft in der Aula.

Verteilung der zum Eintritt berechtigten Einlaßkarten für die im Laufe der nächsten Woche stattfindende Nationalfeier.

Vollzähliges Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Windhorstbund — Jungzentrum.

1. Stiftungsfest

Sonntag, den 23. Januar 1921, nachmittags 5 Uhr im Saale des Herrn Julius Schilken, Mittelstrasse:

Ansprachen, musikalische, deklamatorische und theatralische Aufführungen.

(Darbietende u. a. Vereinsbühne St. Engelbert).

Eintritt 3.50 Mk., im Vorverkauf 3 Mk.

Jünglinge und Jungfrauen, die auf dem Boden der christlichen Anschauungen stehen, wie alle Freunde und Gönner des Zentrums, sind dazu willkommen.

Der Vorstand.

Kindervorstellung

Freitag, den 21. Januar, nachm. 5 Uhr.

Zum Besuche der Detailgeschäfte sucht leistungsfähigste Tabakwarengroßhandlung für den hiesigen Platz und Umgebung rührigen

Vertreter.

Angebote unter **Nr. 6901** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Tüchtige **Zigaretten-Reisende** für Stadt u. Land geg. hohe Provision sofort gesucht.
Ernst Haden, Kötzschenbroda b. Dresden, Meißnerstr. 28.

Junges Mädchen für leichte Arbeiten sofort gesucht.
Buchdruckerei Phil. Baltin.

Hiesiges Fabrikgeschäft stellt zum 1. April oder früher Sohn achtbarer Eltern als

kaufm. Lehrling

zur gründlichen Ausbildung ein. Selbstgeschriebene Angebote unter K. 1921 an die Geschäftsstelle ds. Ztg.

Metallbetten, Stahldrahtmatratzen, Kinderbetten, Polster an Jedermann. Katalog frei.
Eisenmöbelfabrik Suhl i. Thür.

Deutschnatl. Volkspartei.

Kreisverband Schwelm.

Samstag, den 22. Jan. 1921, nachmittags 3½ Uhr, im Lokale „Prinz von Preußen", Schwelm, am Markt:

Kreis-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zu den am 20. Februar stattfindenden Wahlen.
2. [illegible] der Kandidatenliste für den Kreistag.
3. Verschiedenes.

Wir bitten unsere Mitglieder zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Ev. Kirchengemeinde Gevelsberg.

Heute abend 7½ Uhr: **Bibelstunde** auf dem Lichtenplatz

Ich suche für meinen Sohn, welcher die höhere Schule besucht hat (Untertertia) eine kaufmännische **Lehrstelle** auf dem Büro.
Angebote unter D. V. 77 an die Geschäftsst. ds. Ztg.

Wegen Heirat des jetzigen suche ich zum 1. März ein zuverlässiges **Küchenmädchen.**
Frau Hans Dörken Milspe, Altenkeller.

Ein in allen Hausarbeiten erfahrenes **Mädchen** gegen hohen Lohn gesucht.
Frau Fritz Hohoff, Mittelstr. 35.

Ein in allen Hausarbeiten erfahrenes **Mädchen** zum 1. Februar gesucht.
Frau Wilhelm Schmitz, Hagener Str. 35.

Aelteres, sauberes **Morgenmädchen** aus guter Familie, für sofort gesucht.
Kölner Str. 20.

Saubere Putzfrau für 2 Stunden morgens bei gutem Lohn gesucht.
Näh. in der Geschäftsst.

Landwirtstochter, 23 Jahre alt, **sucht Stellung** am liebsten außer der Stadt.
Zu erfr. in der Geschst.

Wohnungstausch Gevelsberg—Hagen.
Eine 4-Zimmer-Wohnung in Hagen gegen eine 3-Zimmer-Wohnung in Gevelsberg zu tauschen gesucht.
Angebote unter T. G. 293 an die Geschäftsst. ds. Ztg.

Junger Herr sucht **gut möbl. Zimmer** mögl. mit Morgenkaffee u. Abendbrot. Betreffender ist Sonntags nicht anwesend.
Gefl. Angebote unt. C. 94 an die Geschäftsst. ds. Ztg.

Ausverkauf in **Photographie-Rahmen** zu bedeutend herabgesetzt. Preisen.
[illegible] Schaufensterauslagen.
A. Strathmann. (Inh. [illegible]) Mittelstr. 47.

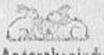
Heute eintreffend: [illegible] **Schellfisch** und **Kabliau,** sowie schwere **Waldhasen** ohne Fell Pfd. 13 Mk.
Fritz Asbeck, Tel. 712.



Fabrik Marke

Kessler's Zigaretten zu Fabrikpreisen.
Zigarren, Zigarillos, la Qualitäten.
Kautabak stets frisch.
Strangtabak feinste Ware.
Vorteilhafte Bezugsquelle.
Zweiggeschäft: Zigaretten-Comp. **Kessler,** Gevelsberg, Mittelstr. 41
Fabrik und Zentrale, Hagen i. Westf. Fernsprecher 459 u. 553.

Munitions-kisten liefert preiswert
Ad. Rinn, Düsseldorf 8 Bismarckstraße 100. Telephon 7914.



2 Angorakaninchen (Päärchen) reine Rasse, selten schöne Tiere, wegzugshalber preiswert zu verkaufen.
Gerber, Weststr. 23, part.

Baldlegende Hühner zu verkaufen.
Neusser, Freiweg 4.

Kinder-Fehtragen von Neustraße bis Kronenstraße Samstag abend verloren. Der ehrliche Finder wird gebeten, denselben gegen 50 Mk. Belohnung abzugeben.
Kronenstraße 51, I. Etg.